

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Ein kernstadtnahes Ausbildungszentrum für Rottenburg

GIBA auf das DHL-Gelände

Geführt von Mario Biehler und Marius Friedrichson informierten sich zwanzig Schülerinnen der 9.Klasse von St.Klara zusammen mit ihrer Lehrerin Heike Doll im Haus am Neckar über die Ausbildung zur Pflegerin. Doch nicht nur in der Pflege besteht ein akuter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Gleiches gilt für viele Handwerke, die Verwaltung und Erziehung. Das erleben die Gemeinderäte bei der Beratung über jeden Bauantrag: Entweder es gibt nur eine Firma ein Angebot ab (wie kürzlich beim Bodenbelag der Otto-Locher-Halle) oder die Angebote übersteigen bei Weitem die Kosten, die die Verwaltung ausgerechnet hat.

Lokale Ausbildungsoffensive

Eine Ausbildungsoffensive in vielen Bereichen ist das Gebot der Stunde, um die Engpässe auf absehbare Zeit zu beseitigen. Deshalb tritt **DIE LINKE** für ein kernstadtnahes Ausbildungszentrum an der Ostspitze der Gewerbe-

brache DHL ein. Sie ist bereits für die Ansiedlung von wohnortverträglichem Gewerbe mit städtischer Unterstützung vorgesehen – aber es passiert zu wenig!

Dies wäre ein idealer Platz für die GI-



BA (Gesellschaft für Integration, Beschäftigung und Ausbildung) in Wendelsheim, die momentan im ehemaligen Kumpf-Firmengebäude untergebracht ist. Dort muss sie in etwa zwei Jahren raus, zudem hat die GIBA so viel Zulauf für ihr „bundesweites Vorzeigeprojekt“ (Michael Wandrey von der Karola-Bloch-Stiftung), dass sie sich dringend räumlich erweitern muss.

Die GIBA ist Sozialeinrichtung und Betrieb zugleich, da hier benachteiligte Menschen vor allem für Metallberufe ausgebildet werden, und zugleich für Betriebe arbeiten. Die rund 70 Azubis werden innerhalb von drei Monaten nach ihrem Abschluss zu 95 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Es besteht eine enge Vernetzung mit der Berufsschule Rottenburg zum gegenseitigen Nutzen beider Einrichtungen.

Beim 40-jährigen Betriebsjubiläum lobte Petra Brenner von der IHK Tübingen/Reutlingen neben der hohen Ausbildungsqualität das ehrenamtliche Engagement der GIBA bei den IHK-Prüfungen. Geschäftsführer Sascha Eberhardt hob die innovativen Ideen der GIBA hervor: Die Einführung von 'digitalen Tagebüchern' bereits vor 14 Jahren, die Arbeit mit Drei-D-Druckern und die Ausbildung von Geflüchteten.

Die GIBA ist Sozialeinrichtung und Betrieb zugleich, da hier benachteiligte Menschen vor allem für Metallberufe ausgebildet werden, und zugleich für Betriebe arbeiten. Die rund 70 Azubis werden innerhalb von drei Monaten nach ihrem Abschluss zu 95 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Es besteht eine enge Vernetzung mit der Berufsschule Rottenburg zum gegenseitigen Nutzen beider Einrichtungen.

DHL-Gelände geeignet

Nicht nur die hohe Innovation spricht für die GIBA auf dem DHL- Gelände.

>>>

Lesen Sie weiter: **Stuttgart 21 und der Deutschlandtakt** Seite 3

Preiswerter Mietwohnungsbau in Rottenburg stockt Seite 5

Pflege: Was bleibt von Spahns Versprechen? Seite 7

Mach nur einen Plan Seite 9

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Sie arbeitet mit rund 25 Handwerksbetrieben in Rottenburg zusammen, die sich eine eigene Ausbildung kaum leisten können, aber qualifizierte Mitarbeiter suchen. Zudem könnte die Ansiedlung auf dem DHL-Gelände Vorteile für die Azubis bringen, weil dort ein Haltepunkt der Regionalstadtbahn und ein Parkplatz für 150 Park-and-Ride Fahrzeuge eingerichtet werden. In Wendelsheim war es mit dem ÖPNV

extrem unbequem. Zudem bietet sich die Nähe zur Fachhochschule Forstwissenschaft an. Dadurch könnte ein Innovationszentrum mit guter Vernetzung (FH, Handwerk und Ausbildung) entstehen, dessen sich die Stadt als Bildungsstadt zu Recht rühmen könnte.

Es wird Zeit, dass die Stadtverwaltung nicht nur große Sprüche über kernstadtnahes Gewerbe klopft, sondern

gerade in der Ausbildung den Worten Taten folgen lässt.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



Bürgerhaus Buse in Rottenburg-Bieringen

Dazu laden wir alle Interessierten, auch gern mit Kindern, zum Sport- und Spielgelände am Bürgerhaus ein!

Samstag, den 3. August 2019 ab 15.00 Uhr

Bei guter Laune, kurzen Beiträgen, Live-Musik und Bewirtung mit Grill, Gemüse, Kuchen und Getränken wollen wir uns ein wohlverdientes Fest nach einem schönen und durchaus erfolgreichen Wahlkampf leisten.

Es wird sprechen **Jessica Tatti**, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Reutlingen, zum Thema „**Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge**“.

Für die Musik haben wir die fünfköpfige Kultband „Treat me like a dog“ mit Rock-Blues-Musik vom Feinsten gewonnen.

Das Bürgerheim Buse befindet sich am Neckarradweg und in der Nähe des Bahnhofs Bieringen, ist gut erreichbar und hat schöne Wiesen für die Kinder zum Spielen. Selbstverständlich haben wir schönes Wetter bestellt.

Herzlichst - Emanuel Peter

P.S. Über Spenden zur Unterstützung des Festes würden wir uns sehr freuen!!!



Jessica Tatti ist seit der Bundestagswahl 2017 Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied des Landesvorstands der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg und war von 2014 bis 2017 Stadträtin in Reutlingen.

Stuttgart 21 und der Deutschlandtakt

In der Schweiz funktioniert er schon, der integrierte Taktfahrplan ITF. An wichtigen Knotenpunkten warten die Züge aufeinander, wofür im Fahrplan ausreichend Pufferzeiten eingebaut sind. Dies gilt auch für Anschlüsse für den Regional- oder Nahverkehr. Der Vorteil dieses Systems: Lange Wartezeiten beim Umsteigen entfallen, viele Reisende erreichen schneller ihr Ziel, und dies mit einer Taktung von 60 oder sogar 30 Minuten.

Auch in Deutschland soll ein solches System eingeführt werden, hier unter dem Namen „Deutschlandtakt“, wobei Stuttgart einen der Knotenpunkte bildet. Doch reicht die Kapazität des neuen S21-Tiefbahnhofs überhaupt dafür aus? Laut Recherchen des SWR sieht die Bahn vor, dass künftig im Fernverkehr zwischen den Großstädten alle 30 Minuten ein Zug fährt und es nur noch kurze Umsteigezeiten gibt. Der „Zielfahrplan 2030“ zeigt jedoch, dass S21 einen integrierten Taktverkehr nach Schweizer Vorbild nicht zulässt. So kann man Großstädte wie Darmstadt, Heidelberg, Mainz, Nürnberg und Zürich nicht im Halbstundentakt anfahren. Dafür ist der Stuttgarter Tiefbahnhof mit acht Gleisen zu klein und die Zahl der Zulaufstrecken zu gering. Hinzu kommt, dass eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen angestrebt wird.

Darüber hinaus müssten Fahrgäste aus Städten wie Tübingen, Ulm und Heilbronn massiv verlängerte Wartezeiten beim Umsteigen in Stuttgart in Kauf nehmen. Bei etlichen Verbindungen – zum Beispiel zwischen Tübingen und Mannheim oder Karlsruhe – müssen Reisende in Stuttgart mit Wartezeiten von 20 Minuten bis fast einer Stunde rechnen, weil ihr Anschlusszug aus Platzmangel auf den acht Gleisen kurz zuvor schon abfahren musste.

Insbesondere für Tübingen bringt der Bau des Stuttgarter Tiefbahnhofs nur Nachteile, die Umsteigezeit in Stuttgart dauert für alle, die von Tübingen kommen, immer 20 Minuten länger als bisher. Dadurch verlängert sich die schnellste Verbindung von Tübingen nach Mannheim um zehn Minuten. Auch von Tübingen nach Karlsruhe werden Reisende länger brauchen, weil sie auf den Anschlusszug in Stuttgart ganze 27 Minuten warten müssen.

Das Aktionsbündnis gegen S21 fordert deshalb den Bahn-Aufsichtsrat und die politisch Verantwortlichen dazu auf, den Stuttgarter Bahnknoten auszubauen: „Diese Region darf nicht vom Bahnverkehr abgehängt werden, nur weil ein längst als sinnlos erkanntes Prestigeprojekt nicht mehr korrigiert werden soll“. Ähnlich äußert sich auch



Bernd Riexinger (LINKE), der noch hinzufügt: „10 Milliarden für die Tonne – so sieht das Ergebnis von Stuttgart 21 aus.“

Selbst Verkehrsminister Winfried Hermann befürchtet, dass der neue Tiefbahnhof nicht leistungsfähig genug sein wird, und bringt einen „Kopfbahnhof light“ ins Spiel. Demnach könne ein Teil des Kopfbahnhofes erhalten bleiben, um unter anderem Engpässe im Tunnel auszugleichen. Und der Verkehrsexperte der Grünen, Matthias Gastel, hält eine neue Diskussion über die Erweiterung des Stuttgarter Bahnknotens für erforderlich. „Es wäre doch jammerschade, wenn überall in Deutschland die Menschen vom Deutschlandtakt profitieren, nur in Stuttgart funktioniert es nicht“. Aber Staatssekretär Steffen Bilger vom Bundesverkehrsministerium sieht jedoch keinen Handlungsbedarf und wiegelt ab: „Die Experten der Deutschen Bahn haben das alles genau geprüft. Und das wird funktionieren.“

Anzuerkennen ist, dass Verkehrsminister Hermann, der Stuttgart 21 als „die größte Fehlentscheidung der Eisenbahngeschichte“ bezeichnet, sich endlich zu einer Wahrheit bekennt, die ihm und den Grünen insgesamt seit vielen Jahren vertraut ist, und die bereits von Boris Palmer während der Geißler'schen Schlichtung vertreten wurde. Die manipulativen Eingriffe der DB in dem darauf folgenden Stresstest sind auch seit langem wissenschaftlich belegt und nicht mehr vom Tisch zu wischen. Aber seine Parteifreunde Kuhn und Pätzold halten ungeachtet der nicht

widerlegbaren Fakten an „S21-total“ fest und verweigern sich notorisch jeglicher Einsicht.

Nachdem inzwischen sozusagen amtlich bestätigt ist, dass der Deutschlandtakt bei Stuttgart 21 nicht realisierbar ist, da S21 die versprochene Leistung nicht erbringen kann, fordert das Aktionsbündnis statt inner-grünem Kuhhandel eine umgehende Aussetzung der Bauarbeiten für beispielsweise ein Jahr, um Auswege aus der verfahrenen Situation zu finden.

Aber zur Aufgabe von Stuttgart 21 ist keiner in der grünen Riege bereit, weder Hermann noch Palmer noch Kuhn oder Pätzold, sie fallen allesamt lieber um und unterwerfen sich der These des mächtigen Übervaters Winfried Kretschmann: „Der Käse ist gegessen, Augen zu und durch, Stuttgart 21 wird gebaut, da komme was will, basta“. Und natürlich immer wieder seiner gebetsmühlenartigen Feststellung: „Die Volksabstimmung gilt“.

Hermann aber nennt das so: „Wir haben ein Interesse daran, dass diese ingenieurtechnisch hoch anspruchsvolle Baustelle so schnell wie möglich beendet ist. Je länger der Bau dauert, desto mehr Ärger haben wir im laufenden Verkehr, und desto teurer wird es am Ende.“ Der Weg zurück sei vorbei. Aber: „Wenn ich je die Einweihungsrede halte, werde ich trotzdem sagen, dass das eine Fehlinvestition war.“

Aber warum S21 dann nicht gleich beenden, Herr Hermann? Es gibt doch das Alternativkonzept „Umstieg 21“, das die Ertüchtigung des Kopfbahnhofs und die Umwidmung aller bisherigen Baustellen mit einschließt. Doch dazu ist niemand bereit, weil Stuttgart 21 politisch gewollt ist.

Wir aber bleiben am Ball und wollen deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Geschäft mit dem Tod endlich beenden!

Anlässlich der Hauptversammlung von Heckler&Koch in Rottweil am 12.7.2019 fordert

Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

"Der Anstieg des Umsatzes der baden-württembergischen Waffenschmiede Heckler & Koch aufgrund der Geschäfte mit Staaten außerhalb der NATO ist eine eher zweifelhafte Erfolgsmeldung und Ausdruck der skandalösen Genehmigungspraxis der Bundesregierung für Rüstungsexporte in Drittstaaten. Obwohl Exporte in Drittstaaten laut Rüstungsexportrichtlinien nur in Ausnahmefällen genehmigt werden dürfen, werden sie immer mehr zur Regel als zur Ausnahme. Davon profitiert auch Heckler&Koch, zum Beispiel mit Waffenlieferungen und Lizenzproduktionen in Saudi-Arabien und der Türkei, wodurch auch Waffen im blutigen Jemenkrieg zum Einsatz kommen. Auch verstärkte Waffenlieferungen in die USA, können dazu beitragen, dass diese nach Lateinamerika oder den Nahen Osten weiterexportiert werden. Rüstungsexporte an alle, jedoch insbesondere kriegsführende und menschenrechtsverletzende Staaten, müssen umgehend verboten werden.

Das Anfang des Jahres gesprochene Urteil vor dem Landgericht Stuttgart, welches feststellte, dass tausende G36-Gewehre illegal nach Mexiko exportiert wurden, zeigt die skrupellose Praxis von Heckler&Koch. Das Unternehmen schreibt trotz Umsatzsteigerungen rote Zahlen, dies müssen die MitarbeiterInnen durch Lohnverzicht und Mehrarbeit bezahlen. Dies ist das genaue Gegenteil von sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Heckler&Koch muss endlich



Heike Hänsel, MdB

das Geschäft mit dem Tod beenden und in die zivile, nachhaltige Produktion einsteigen. Dafür fordert Die Linke einen Rüstungskonversionsfonds auf Bundes- und Landesebene, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Die Landesregierung kann nicht stolz darauf sein, dass Baden-Württemberg ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie mit Standorten in Ulm, Oberndorf und am Bodensee ist. Hier muss sie endlich aktiv werden. **DIE LINKE** wird sich weiterhin für ein gesetzlich festgeschriebenes Verbot von Rüstungsexporten einsetzen."

PM DIE LINKE.BW / 12.07.2019

Moderne Sklaverei in Textilfabriken

„Der Stoff, aus dem die Zukunft ist“ (Werbeslogan)

Unter diesem Werbeslogan hatte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) 2017 einen modernen Textilpark für eine „nachhaltige Textilproduktion“ nahe Adis Abeba (Äthiopien) eingeweiht. Nach dem verheerenden Brand in einer Textilfabrik mit 1.100 Toten und einem Brand in Pakistan beim KiK-Zulieferer Ali Enterprises mit 260 Toten soll im neuen Textilpark alles besser werden. Dafür hat die deutsche Bundesregierung mit führenden Textilkonzernen extra ein „Textilbündnis“ gegründet und KiK und H&M nach Äthiopien vermittelt.

In unserer Juli-Ausgabe hatte Volker Rekkittke in seinem Gastbeitrag berichtet, wie KiK jegliche (Mit-) Verantwortung und Wiedergutmachung für die Toten von Ali Enterprises (Pakistan) abstreitet.

In Adis Abeba soll angeblich alles besser werden. Doch Report Mainz

(19.Juni 2019) recherchierte vor Ort und deckte auf: KiK und H&M lassen jetzt in Äthiopien produzieren, weil dort nur die Hälfte der Löhne von Ban-



gladesh gezahlt wird, ein Einstiegslohn von 26 Euro MONATLICH, d.h. ein Nettostundenlohn von weniger als 20 Cent!

Diese Löhne reichen selbst dort nicht zum Leben, für Essen oder für Miete. Im Fabrikpark fallen viele junge Arbeiterinnen wegen unerträglicher Hitze in Ohnmacht. Wenn sie das Sprechverbot

missachten, erhalten sie ein bis fünf Tage Lohnabzug. Geldstrafen gibt es auch, wenn sie Überstunden verweigern. Gewerkschaften und Betriebsrat fehlen – im Interview bezeichnen dies die Arbeiterinnen als „moderne Sklaverei“. Die EU hat diese Fabriken mit 50 Millionen subventioniert und bezeichnet das zynisch als Bekämpfung von Fluchtursachen!

Es ist pervers, wie diese Bundesregierung mit Menschenrechten umgeht, sei es in diesen Textilfabriken, sei es bei der Ausbildung der lybischen „Küstenwache“, damit Geflüchtete in Seenot wieder in die lybischen Flüchtlingslager mit Folter und Vergewaltigung „zurückgeführt“ werden. Wer den Textilarbeiterinnen in Bangladesh helfen will: femnet-ev.de.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Preiswerter Mietwohnungsbau in Rottenburg stockt

Städtische Gesamtplanung fehlt

Kurz vor der Sommerpause hat der Gemeinderat eine Wohnbebauung auf dem Grundstück 12.608 im Kreuzerfeld-Süd beschlossen. Das Gelände war jahrelang umstritten, weil es ursprünglich für eine Gemeinschaftseinrichtung, sprich: Kindergarten, vorgesehen war und sich eine Bürgerinitiative für ein Haus der Nachbarschaft einschließlich Kita stark gemacht hatte. Jetzt ist im neuen Bebauungsplan ein Grundstück für den Bürgertreff festgeschrieben und zugleich neun Bauplätze für maximal 18 Wohneinheiten. Laut Stadtverwaltung bewerben sich in der Kernstadt rund 180 Personen um ein Grundstück. Allerdings fehlt das Verwaltungspersonal, um diese Anfragen zu bearbeiten!

Hohe Wohnungsnachfrage

Diese hohe Zahl von Anfragen zeigt, wie eng der Wohnungsmarkt in Rottenburg ist. Aktuell besteht eine Fürsorgepflicht der Stadt, 600 Personen eine Wohnung anzubieten, 420 davon haben einen Wohnberechtigungsschein. Schon jetzt fehlen bei uns für kinderreiche Familien viele Wohnungen (aktueller Kreisozialbericht). Zudem wird Rottenburg innerhalb von sechs Jahren laut Volker Derbogen (Geschäftsführer der Wohnbau Rottenburg -WBR) und weiterer Studien um mindestens 3.500 Einwohner wachsen.

Allein in den Jahren 2011-2015 ist die Zahl der Haushalte landesweit um 215.000 gewachsen, die Zahl der Wohnungen dagegen nur um 128.000, so dass für diesen Zeitraum eine Lücke von 88.000 Wohnungen besteht (Prognos-Studie, 2017). Zusätzlich verschärft sich die Lage am Wohnungsmarkt, weil im Landkreis Tübingen bis 2030 die preisgebundenen Mietwohnungen um 37 Prozent zurückgehen (Geschäftsführer Karl Scheinhardt, Kreisbau). Statt der notwendigen 80.000 neuen Sozialwohnungen wurden 2018 bundesweit nur 27.000 erstellt. Dies ist ein direktes Ergebnis der Ideologie von CDU und FDP, der „freie“ Markt würde alles richten!

Teure Altlasten

Jahrelang hat Rottenburg notwendige Investitionen in ihren Wohnungsbestand verschleppt. So heißt es im aktuellen Finanzbericht der WBR vom Juni 2019: „Bei den Gebäuden des Altbestandes, die von der WBR bei der Gründung übernommen wurden, handelt es sich um Immobilien mit einem sehr hohen Instandhaltungsrückstau.“ Ist es nicht Zeit, dass die Verwaltungs-

**Eine Stadt für alle.
Sozial bauen.
Bezahlbar wohnen.**

DIE LINKE.

spitze endlich lernt, dass ein „weiterer Vermögensverfall“ sofortige Investitionen notwendig macht und nicht erst in ein paar Jahren? Ist es nicht Zeit, mehr Geld einzusetzen, weil dieser „Instandhaltungsrückstau“ jetzt den notwendigen Neubau von preiswertem Wohnraum blockiert?

Städtische Fehlplanung

Zwar hat die Stadt auf Druck der Linken im Gemeinderat eine Wohnbaugesellschaft gegründet und OB Neher hat im Dezember 2017 den Mietwohnungsbau zur kommunalen Daseinsvorsorge erklärt. Jahrelang hatte die CDU nur den Eigenheimbau auf ihrem beschränkten Bildschirm, Horst Schuh, Fraktionsvorsitzender der CDU, diffamierte preiswerte Mietwohnungen als „Konsumwunsch“.

Mitte Dezember 2018 begann mit dem Spatenstich auf dem ehemaligen DHL-Gelände der Bau von 57 Neubauwohnungen, davon über die Hälfte im geförderten Wohnungsbau. Am 15. Juli beginnt der Bau. Die restlichen 100 Wohnungen im ersten Bauabschnitt wird ein Privatinvestor erstellen. Rot-

tenburgs kommunale Wohnungsbaugesellschaft WBR investiert 9,8 Mio. Euro, im Herbst 2020 sollen die Wohnungen bezugsfertig sein. In der Gebhard-Müller-Straße (Kreuzerfeld-Süd) soll im August endlich die Planung für 30 Wohneinheiten stehen.

Aber am DHL-Gelände und an der Bebauung vom Kreuzerfeld-Süd zeigt sich, dass die Stadt offensichtlich keine Gesamtplanung für die städtische Wohnentwicklung hat. Denn der Beschluss des Gemeinderats, dass die WBR jährlich nur 30 Wohneinheiten baut, ist angesichts des Bevölkerungswachstums wirklichkeitsfern und wird den Mietwucher in den nächsten Jahren kaum bremsen.

Rottenburg braucht ein umfassendes, erweitertes Konzept für den (Miet-)Wohnungsbau, das zugleich den Flächenbedarf und den Geschosswohnungsbau berücksichtigt. Deshalb hat **DIE LINKE** im Gemeinderat eine große Anfrage dazu gestellt.

Im Unterschied zu teuren Belegungsrechten der Stadt verfällt das Geld für die WBR auch nach 20 Jahren nicht. Es ist wie eine städtische Sparkasse, in Grundstücken und Wohnungen angelegt. Außerdem erhält die Stadt pro Einwohner aus dem kommunalen Finanzausgleich jährlich etwa 1.600 Euro für städtische Investitionen. Noch Fragen?

Es wird spannend, ob der neue Gemeinderat im Dezember 2019 wieder einmal Haushaltsanträge der LINKEN für mehr Personal und mehr Sachinvestitionen bei der WBR ablehnen wird. Rottenburg braucht einen Gesamtplan für neuen Wohnraum und die nötigen Finanzen dafür!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

DIE LINKE von Gemeinderatsbeteiligung ausgeschlossen

CDU und SPD machen sich lächerlich

In seiner ersten Sitzung hat der neu zusammengesetzte Gemeinderat seine Geschäftsordnung geändert: DIE LINKE wird von ihrer bisherigen Beteiligung am Ältestenrat, an den Montagsgesprächen vor dem Gemeinderat und an Beiträgen in den Rottenburger Mitteilungen ausgeschlossen.

Gerüchten zufolge haben dies die großen Wahlverlierer von SPD (minus 12.030 Stimmen) und CDU (minus 9.700 Stimmen) initiiert. Die Grünen und Ja-Sager folgten wieder einmal meinungs- und wortlos dem OB.

Sinn und Funktion der Beteiligung aller Fraktionen und Gruppierungen ist eine umfassende, konstruktive Mitwirkung möglichst vieler Mitglieder im Gemeinderat. Denn **Demokratie beruht auf der Vielzahl von Meinungen und Ideen und dem konstruktiven Streit um die beste Lösung eines Problems – nicht auf Ausgrenzung und Ausschluss!**

Aus diesem Grund besteht in vielen Städten in Baden-Württemberg eine Gemeinderatsfraktion aus bereits zwei Mitgliedern. Um nur einige Kommunen zu nennen:



Stadt
Rottenburg
am Neckar

- im Gemeinderat Tübingen bilden seit 2009 zwei Mitglieder der FDP eine Fraktion
- ähnliches gilt z.B. für den Gemeinderat in Konstanz, Weinsberg und Weinheim
- im Kreistag Reutlingen genügen ebenfalls zwei Mitglieder für die Bildung einer Fraktion
- obwohl die SPD in Bräunlingen bei der letzten Kommunalwahl einen ihrer drei Sitze verloren hat, bildet sie jetzt mit zwei Mitgliedern eine Fraktion.

Die landesweit verbindlichen Gemeindeordnungen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen schreiben aus-

drücklich vor, dass zwei Stadträte eine Fraktion bilden können. In Nordrhein-Westfalen gilt dies für kreisangehörige Städte.

Dass die Wahlverlierer CDU und SPD jetzt versuchen,

DIE LINKE mit ihrem Gewinnen von 12.000 Stimmen zu isolieren, zeigt, dass sie schlechte Verlierer sind. Als würde das ihren Zerfallsprozess als „Volkspartei“ noch stoppen. Enttäuschend war, wie sich Freie Bürger und Freie Wähler – beide mit je zwei Sitzen – vom Bürgermeister-Trio einwickeln ließen.

DIE LINKE wird im Herbst beantragen, dass die Bildung einer Fraktion in Rottenburg ab zwei Stimmen gilt. Daran wird sich zeigen, welches Demokratieverständnis die Verwaltung und die anderen Listen haben.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Digitale Schulen

Zukunft ohne Geld, Personal und pädagogische Konzepte?

Von der Erlernung und Beherrschung der neuen Internet-Medien hängt die Zukunft unserer Kinder im Beruf und in vielen Lebensbereichen ab. Deshalb sind in den nächsten Jahrzehnten Milliardenbeträge nötig, um Lehrkräfte umfassend auszubilden und die Schulen technisch gut auszustatten. Unter dem Motto „Ohne pädagogisches Konzept keine Investition in die Technik“ entwickeln im Landkreis die Gewerbliche Schule Tübingen (GST) und die Grundschule Wurmlingen als Erprobungsschulen gerade neue Lehrpläne für die Anwendung der komplizierten Medien. In einem siebenstufigen Prozess werden sie vom Medienzentrum unterstützt. Vom Bundes-Digitalpakt Schule fließen 650 Mio. Euro ins Ländle, das Land zahlt 75 Mio. Euro. Für den Landkreis Tübingen werden insgesamt 270.000 Euro erwartet. Stuttgart deklariert das als „Anschubfinanzierung“: Danach zieht sich das Land aus der Finanzierung dieser weitreichenden Bildungsreform vollständig zurück und verletzt (mal wieder) das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ (Konnexität).

Die Dauerkosten werden immens sein. Denn die Schulträger benötigen etwa alle fünf Jahre neue Software-Programme,

neue Apparate und viel Personal (Provider) für die tägliche Betreuung der empfindlichen Internet-Netze. Schon jetzt verweigert die grün-schwarze Landesregierung mehr Personal für die Erstellung der Bildungspläne. In Wurmlingen hat das gesamte Lehrerkollegium nur eine einzige Deputatsstunde dafür erhalten, das Medienzentrum bekommt keine einzige Stelle mehr: Neue Bildungspläne zum Nulltarif auf dem Rücken der Lehrkräfte. Das ist ein Armutszeugnis der Landesregierung für dieses entscheidende Jahrhundertthema. Angesichts der jahrelang verschleppten Investitionen im Bildungsbereich sind die Kommunen auf Dauer zu diesen Investitionen gar nicht in der Lage. Damit die nächsten Schülergenerationen und die Lehrkräfte mit den Herausforderungen der „Industrie 4.0“ nicht an die Wand gefahren werden, müssen Kommunen und Landkreise jetzt gemeinsam für die vollständige Übernahme der Kosten durch die Landesregierung eintreten. Denn sie hat diese neue Aufgabe bestellt!

Leserbrief von Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

Pflege: Was bleibt von Spahns vollmundigen Versprechen ?

„Azubi-Offensive“ gegründet

Das Thema „Pflege“ ist in aller Munde und erfährt durch die Medien zurzeit große Aufmerksamkeit. Sei es durch politische Talkshows, Reportagen, Reden von Politikern, Diskussionen auf Social-Media-Plattformen, etc. All dies, um Missstände aufzudecken, die aktuelle Situation der Pflege in Deutschland genauer zu beleuchten und nach Lösungen für den sich anbahnenden und teilweise schon eingetretenen Pflegekolaps zu suchen.

Ein großes Problem der Herangehensweise ist, dass die Pflegekräfte selbst nur selten wirklich zu Wort kommen. Wer sich dagegen sehr häufig zum Thema äußert, ist Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Dieser hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, durch eine großangelegte „Pflegeoffensive“ die Situation der Pflege im Land grundlegend zu verbessern.

Es folgten großspurige Ankündigungen von 13.000 neuen Pflegekräften für die stationäre Altenpflege, einen bundesweit gültigen Flächentarif für die Branche und gesetzlich festgeschriebene Personaluntergrenzen in Krankenhäusern. Auch wird große Hoffnung in die Ausbildungsreform hin zu einer Generalisierung von Kranken-, Alten-, und Kinderkrankenpflege gesetzt. Von der Umsetzung dieser Maßnahmen ist im Alltag der Einrichtungen bis jetzt noch nichts zu spüren.

Von den angekündigten 13.000 zusätzliche Stellen ist quasi noch keine einzige besetzt, weil die meisten Pflegehei-

me sich schon schwer tun, die bereits vorhandenen Stellen zu belegen. Die Ankündigung von mindestens 3000 Euro pro Monat hat Herr Spahn kurzer-



hand um 500 Euro gekürzt und selbst diese ist noch lange nicht in Stein gemeißelt.

Pflegekammern

Auf Länderebene tut sich beim Thema Pflege auch allerhand. Rheinland-Pfalz hat mit der Gründung einer Pflegekammer den Anfang gemacht und es folgen nun die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Diese meist von der jeweiligen Landesregierung forcierten Institutionen sollen den Pflegekräften Selbstverwaltung und mehr Einfluss auf die Politik geben. Sieht man sich dagegen die bisherige Arbeit der bereits gegründeten Kammern an, so macht sich doch große Enttäuschung breit, weil diese seit ihrer Gründung hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt sind.

Auch ist die repräsentativ-demokratische Funktion der Pflegekammern, die sämtliche Pflegekräfte vertreten sollen, mehr als fragwürdig. Die Vorstände setzen sich nämlich zu einem Großteil aus Leuten zusammen, die schon jahrelang Pflegepolitik machen und demnach auch die aktuelle Lage mitverantworten haben.

Auszubildungsoffensive

Auch die Kommunalpolitik hat reges Interesse am Thema Pflege. So ist die Hospitalstiftung als Arbeitgeber in Rottenburg eine wichtige Größe. Umso fataler ist der unendliche Schwebezustand des Plans für ein neues Pflegeheim in Ergenzingen. Trotz allem versuchen die Stiftung und die Stadt durch unterschiedliche Maßnahmen, die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen zu verbessern.

So wurde eine so genannte „Azubioffensive“ gegründet, eine Arbeitsgruppe, die durch unterschiedlichste Maßnahmen versucht, neue Auszubildende für die Einrichtungen anzuwerben. Doch auch in Rottenburg am Neckar wird es im Zuge der Ausbildungsreform immer schwerer, Schulabgänger*innen für die Ausbildung in einer Altenpflegeeinrichtung zu begeistern.



Mario Biehler
Rottenburg

Kita-Verband: Erzieherinnen werden schlecht bezahlt

Der Zweckverband Katholische Kindergärten im Dekanat Rottenburg ist Träger von 18 Kitas in unserer Stadt. Er fordert in seinem Personalkonzept eine bessere Eingruppierung der pädagogischen Fachkräfte nach S 8a und die Aufhebung der Trennung von Gruppenleitung und Zweitkräften.

Kurz und bündig

„Sämtliche Städte und Gemeinden in der Umgebung von Rottenburg (u.a. Tübingen, Bodelshausen, Haigerloch, Horb, Nagold, Herrenberg, Ammerbuch) bezahlen pädagogische Fachkräfte (ehemals Zweitkräfte) besser als in Rottenburg.“ Dadurch wandern immer mehr Erzieherinnen aus Rottenburg weg.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Hausbesetzung

„Eigentum verpflichtet.

Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Nicht nur in Tübingen steht Wohnraum leer. Auch in Rottenburg ist dies der Fall: Im Sanierungsgebiet Heberlesgraben stehen laut Angaben der Stadt 7,4 Prozent der Häuser leer, d.h. sie stehen seit Jahren leer.

In Tübingen wurde vor wenigen Tagen das Gartenstraße 7 besetzt. Es ist das bereits lange leer stehende vierstöckige Gebäude gegenüber der Neckarmüllerei. Das Haus macht einen verwaorlosten Eindruck - nur bunte Graffitiis „schmücken“ das Haus.

Gerade in Tübingen sind leer stehende Wohnungen und Gebäude ein Ärgernis. Wer erinnert sich nicht an die Klagen fehlenden Wohnraums zu Beginn jeden Semesters?

Wie die Hausbesetzer mitteilen, haben sie durchaus attraktive und alternative Vorstellungen zur Nutzung des Gebäudes, vor allem soll das ehemalige Haushaltwarengeschäft zu einem Café umgestaltet werden. „Hier können Menschen zusammenkommen, sich

austauschen, vernetzen und einfach Zeit miteinander verbringen. Das Café soll auch gleichzeitig offen für kulturelle und politische Veranstaltungen sein, also einen Raum bieten, um Weiterbildung zu ermöglichen und gemeinsam zu lernen. Ein Umsonstladen und eine offene Bibliothek sollen geldfreie Alternativen zum konsumorientierten



Innenstadtleben bieten.“ In den oberen Etagen des Gebäudes soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Man kann gespannt sein, mit welchen Widerständen die Besetzer konfrontiert werden. Hoffentlich können sie ihr Motto umsetzen:

„Wir sind gekommen, um zu bleiben.“

Für Rottenburg wird es dringend Zeit die Leerstände zu erfassen und öffentlichen Druck auf die Besitzer der Immobilien zu machen. Es ist nicht verständlich, dass bei der vorhandenen Wohnungsnot wenig geschieht. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, auf welche Weise die Stadt aktiv geworden ist oder warum nicht.

Von Interesse kann auch die Wirksamkeit der Rottenburger Leerstandsbörse sein, auf der Eigentümer und Kaufinteressenten sich begegnen sollen. Derzeit ist sie nicht überfüllt. Es werden nur in Biringen, Oberndorf, Schwalldorf und Hemmendorf (3) Flurstücke angeboten. Wohnflächen sucht man vergebens.

Und es sei an Art. 14 unseres Grundgesetzes erinnert:

Eigentum verpflichtet.

Norbert Kern, Wendelsheim

Gewinnsprung bei Vonovia

Vonovia ist mit 360.000 Wohnungen der größte private Wohnungskonzern in Deutschland. In diesem Jahr nahm er 502 Mio. Euro an Miete ein, 90 Mio. mehr als 2018. Für Instandhaltung und Modernisierung (die auf die Mieter umge-

Kurz und bündig

legt werden !) gab er knapp 340 Mio. Euro aus. Die Mieterlöse stiegen um 13,6 Prozent. Außerdem kaufte der Konzern den Victoria Park in Schweden und die Buwog in Österreich. Der Gesamtwert der Vonovia-Immobilien beträgt aktuell 44,2 Milliarden Euro.

Niedriglöhner benötigen Hartz IV

Erstmals nennt der Kreissozialbericht eine genaue Zahl der Beschäftigten, die so geringe Löhne erhalten, dass sie ergänzend Hartz IV beantragen müssen: „In der Jahremitte 2017 waren im Landkreis Tübingen insgesamt 1.522 Personen da-

von betroffen, dass sie trotz Erwerbstätigkeit auf Hilfeleistungen angewiesen waren, um ihr Existenzminimum sicherzustellen. Über ein Viertel der Leistungsbeziehenden nach dem SGB II waren somit erwerbstätige Leistungsbeziehenden bzw. so genannte ‚Ergänzerinnen‘.“

Österreich verbietet Glyphosat

Als erstes EU-Land verbietet Österreich auf Antrag der Sozialdemokraten (SPÖ) den Einsatz von Glyphosat. Die EU hat landesspezifische Ausnahmen bei der letzten EU-

Abstimmung ausdrücklich zugelassen, um mit diesem Placebo eine Glyphosat-Erlaubnis bis 2022 durchzusetzen. Natürlich sind Landwirtschaftsministerium Klöckner (CDU) und die SPD vom österreichischen Vorgehen gegen die Krebsgefährdung der Bevölkerung meilenweit entfernt.

„Ja, mach nur einen Plan!“

Wo kein Zuschuss winkt, geschieht wenig

Die Stadt sprudelt nur so vor Ideen, Innovationen, Zukunftsplänen und wunderbaren Utopien, die nur noch auf die Gestaltwerdung warten.

Jede Menge Schulneubauten sind angekündigt, denen nur noch die Architekten und die ausführenden Handwerker fehlen. Ein Bahnhofsneu- und Umbau ist versprochen, aber es tickt nicht einmal eine Bahnhofsuhr, Bauruine pur, Pläne für den neuen Busbahnhof? Fehl-anzeige.

Hinter den Gleisen soll ein Parkhaus entstehen, eine neue Straßenführung ist bei den Gleisen schon lange versprochen, die neue Volkshochschule mit eingebundenen Kindergarten ist auf dem Reißbrett vermerkt, nur die Archäologen könnten noch Kummer bereiten, das Schänzle ist teilgerodet, damit eines fernen Tages dort auch Turbinen das Neckarwasser um 1,2 Meter heben können, blaue Libellen sind versprochen, das kostet nur 1-2 Millionen €, das Kreissparkassengebäude in der Königstraße steht zur Disposition, im Schulterchluss mit dem Geldinstitut wartet die Verwaltung auf den Abriss und hofft in naiver Gläubigkeit auf einen überbordenden Steuersegen, das Flugfeld bei Baisingen will man sich einverleiben, aber da gibt es noch Widerstand, das repräsentative

historische Waldhorn hätte man vor Jahr und Tag kaufen können, aber da fehlte es an Mumm, städtischer Verantwortung und Gestaltungswillen.

Stattdessen werden auf die Schnelle neue Parkierungszonen ausgewiesen und die Parkgebühren drastisch erhöht. Das ist viel einfacher als konstruktive und perspektivische Gesamtplanungen anzugehen.

... Ja, mach nur einen Plan!
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan
Gehn tun sie beide nicht.
Denn für dieses Leben
Ist der Mensch nicht schlecht genug.
Doch sein höhres Streben
Ist ein schöner Zug. ...

Aus: Bertolt Brecht

BALLADE VON DER UNZULÄNGLICHKEIT
MENSCHLICHEN PLANENS

Was ist daraus zu lernen? Die Stadt wird im Allgemeinen erst dort planerisch und zukunftsweisend tätig, wo Bundes-, Landes- oder Kreiszuschüsse winken. Sie hechelt diesen Mitteln förmlich hinterher und baut und verändert fast nur dort. Es wäre wesentlich kreativer, zunächst nach kommunalen

und planerischen Notwendigkeiten zu fragen und sich dann, in einem zweiten Anlauf, um Zuschüsse zu bemühen. Dieser fatalen Zuschuss- und Sanierungslogik ist zum Beispiel die Chimäre Schänzle, die Uferpromenade am Neckar oder der Stillstand beim Sanierungsobjekt Schlachthaus geschuldet.

Und noch etwas: Die Stadt hätte wahrscheinlich ganz problemlos auch das Abrissprojekt der KSK in der Königstraße erwerben können (die Herren kennen sich doch aus dem Verwaltungsrat des Geldinstituts nur zu gut!). Aber Oberbürgermeister Neher hat diesen Schachzug und Freundschaftsdienst wohlweislich vermieden, weil dann planerische Verantwortung im Dienste der Kommune und seiner Bürger gefragt gewesen wäre. So lässt man den Schwarzen Peter lieber ganz allein in den Händen der Kreissparkasse und beschimpft aber den Arbeitskreis Stadtbild und jene, die sich für den Erhalt eines intakten und historisch vertretbaren Stadtbildes einsetzen.



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

DIE LINKE
Rottenburg

Grobes Sommerfest



Näheres auf Seite 2

OB Neher als Seenotretter

„Beschäftigungsduldung“ nach 12 Monaten

Vor ein paar Tagen hat die Sea-Watch als letztes freies ziviles Seenotrettungsschiff 53 Geflüchtete aus akuter Seenot retten können. Aber weiterhin verstoßen Italien und Malta gegen internationales Seerecht und verweigern die Einfahrt des Schiffes in einen sicheren Hafen.

Letzte Woche war OB Neher in Berlin, um das bundesweites Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ mit weiteren elf Partnerstädten zu gründen: „Ich glaube, die waren ganz froh, dass wenigstens einer von der CDU dabei war,“ rühmte sich Neher hinterher und erklärte, dass Rottenburg 53 Bootsflüchtlinge aufnehmen und dafür einen Bustransport organisieren will.

Der Rottenburger Seenotretter Friedhold Ulonska berichtete kürzlich im Waldhorn-Kino, wie die libysche „Küstenwache“ - von der EU finanziert – immer wieder versucht, private Rettungsschiffe zu zwingen, Menschen nach Libyen zurückzubringen. Dort erwarten sie Folter, Vergewaltigung und Versklavung. Die Regierungen von Malta und Italien unternehmen alles, um die ursprünglich zwölf privaten Rettungsschiffe festzusetzen und Kapitäne und Besatzungen zu kriminalisieren.

Dafür braucht Neher sich aber nicht zu beeilen. Denn das CSU-geführte Bundesinnenministerium blockiert seit Monaten die Zustimmung für diese humanitäre Aktion, der sich bisher 60 deut-

sche Städte angeschlossen haben. Und nicht nur das: Die schwarz-rote Kleine Koalition in Berlin hatte kurz zuvor zahlreiche Gesetze beschlossen, die die Situation der Geflüchteten verschärfen werden. So der Offene Brief von 22 Organisationen der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit an alle Bundestagsabgeordneten. Insbesondere protestieren sie gegen Seehofers „Geordnete Rückkehr-Gesetz“ und das „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“.



Heuchelei von Widmann-Mauz

Mit großer Heuchelei tut sich Annette Widmann-Mauz (CDU), Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, hervor, die die Gesetze über den grünen Klee lobt, „illegale Zuwanderung und falsche Anreize“ würden eingedämmt, der „Wirtschaftsstandort gestärkt“ und geduldete Asylbewerber mit Arbeits- oder Ausbildungsplatz besser geschützt. Tatsache ist, dass Seehofers Gesetz die Hürden für Ausbildung und Beschäftigung so hoch legt, dass nur eine Minderheit in diesen Genuss kommt. Voraussetzungen sind eine Vollbeschäftigung von Geflüchteten von 35 Wochenstunden seit 18 Monaten und die Familie sozial selbstständig ist. Eine „Beschäftigungsduldung“ soll erst nach 12 Monaten erteilt werden. Bis dahin haben

die Asylbehörden das Recht, den/die Geflüchteten jederzeit abzuschieben.

Dies ist ein Schlag ins Gesicht gerade für mittelständische Betriebe und für die Geflüchteten, die Planungssicherheit brauchen. „Damit werden keine Fluchtursachen bekämpft, sondern die Geflüchteten der Perspektivlosigkeit, dem sozialen Elend und erneuten drohenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt“, urteilen die Flüchtlingshilfen im Kreis Tübingen und fordern unter anderem die ersatzlose

Streichung der 12 Monate Duldungsregel und die unsinnige Festlegung von 35 Wochenstunden Arbeit. Während Martin Rosemann (SPD) mal wieder den „Kompromiss“ mit der CDU lobt, kritisiert Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der **LINKEN**, die Absicht des „Hau-Ab-Gesetzes“ von Seehofer, die breite Solidarität für Geflüchtete in der Bevölkerung zu zerstören. Darüber hinaus schafft die Hasspropaganda von CSU und anderen über angeblichen Asyltourismus und „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ den geistigen Nährboden, auf dem rechtsextreme Mordanschläge wie gegen den Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke entstehen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinerat

Keine Plastikflaschen mehr



Der Stuttgarter Getränkehändler Hans-Peter Kastner verkauft ab sofort keine Getränke mehr in Plastikflaschen oder Dosen. Damit will er seine Kollegen aufrütteln und zum Umwelt-

schutz beitragen. Außerdem weigert er sich, als Plastikentsorger für die Discounter zu arbeiten. In nur 12 Wochen hat er 10.400 Einwegflaschen für sie beseitigt. Damit soll ab sofort Schluss sein. Vom Kaufland oder Aldi in Rottenburg ist nichts Vergleichbares bekannt!

Stilles Mineralwasser keimbelastet

Die Stiftung Warentest hat 32 stille Mineralwasser getestet. Angeblich sind sie besonders für Kleinkinder geeignet und tragen ein Bio-Label oder sind als Baby-Mineralwasser im Handel. Die Hälfte der Wässer war keimbelastet oder verun-

reinigt (Industrie, Landwirtschaft). Volvic enthielt Vanadium aus vulkanischen Böden und steht unter Krebsverdacht. Leitungswasser, das 32 mal billiger als das preiswerteste Mineralwasser ist, wurde in 20 Städten getestet, ist unbedenklicher und enthält oft mehr Mineralien als Mineralwasser.

Zur Zeit sollte man aufpassen, dass man nicht als Retter bezeichnet wird, denn schnell werden Menschen, die in Seenot geratene Personen aus dem Mittelmeer fischen, zu Kriminellen gestempelt. Nicht anders ergeht es jenen, die gegen Lebensmittelverschwendung aktiv werden.

Es gibt Menschen, die, sei es aus materieller Not oder aus der Überzeugung heraus, dass essbare Nahrungsmittel nicht vernichtet werden dürfen, in Abfalltonnen von Supermärkten nach Essbaren suchen und es mitnehmen, um es zu verwerten.

Verschwendung

Laut der Umwelt Organisation World Wildlife Fund (WWF) werden jährlich allein in Deutschland 18 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Auf den Groß- und Einzelhandel entfallen davon 2,5 Millionen Tonnen. Der WWF hält 90 Prozent davon als vermeidbar. Andere Quellen sprechen von geringeren Zahlen, was aber die Verschwendung nur wenig geringer macht.

Nach veröffentlichten Berechnungen der Universität Stuttgart bezogen auf das Jahr 2015 stammt mehr als die Hälfte der jährlich weggeworfenen Lebensmittel aus privaten Haushalten. Rechnerisch wandern pro Mensch 85,2 Kilo Essen pro Jahr in die Abfalltonne. Der Handel ist demnach für 4 Prozent der weggeworfenen Lebensmittel verantwortlich, größere Mengen stammen aus der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und der Gastronomie. Wir Endverbraucher sind auch in der Pflicht.

Containern als Straftat

Das Entnehmen von Lebensmitteln aus den Abfallbehältern (containern) gilt nach deutschen Recht als Diebstahl. Obwohl mit der Absicht, sie vernichten zu lassen, in den Container gesteckt, gelten sie immer noch als Besitz des Supermarktes. Es ist offensichtlich, dass der Supermarkt sie vernichten lassen möchte, denn sonst hätte er andere Wege zur Weiterverwendung finden können.



In München wurden zwei Studentinnen zu acht Stunden Sozialarbeit und 225 Euro Geldstrafe auf Bewährung verurteilt, weil sie den Müllcontainer eines Edeka-Marktes knackten und mitnehmen wollten, was niemand haben wollte. Viele Juristen vertreten die Auffassung, dass die Angeklagten nach Paragraph 242 Strafgesetzbuch Diebstahl begingen. Zum besonders schweren Fall wird es, wenn der Müllbehälter gesichert war. Sollte das „Diebesgut“ aus einer eingezäunten Mülltonne „gestohlen“ worden sein, kann zusätzlich der Tatbestand des Hausfriedensbruchs geahndet werden.



Hamburgs Justizminister Till Steffen (Grüne) hatte angeregt, Containern nicht mehr zu bestrafen. Die Justizministerkonferenz der Länder hat dies abgelehnt. Es bleibt so nur die Möglichkeit das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen, wenn es zur Anzeige gebracht wurde.

Der baden-württembergische Justizminister Guido Wolf (CDU) hält die Legalisierung des Containers für nicht zielführend. Auch er ist gegen die Verschwendung von Lebensmitteln, aber man könne strafbares Verhalten nicht einfach straffrei machen. „Das wäre ein völlig falsches Signal, denn auch ein guter Zweck heiligt keine strafbaren Mittel.“ Warum eigentlich nicht? Die Strafbarkeit ist von Menschen gemacht und kann deshalb auch widerrufen werden. Guido Wolf denkt weiter: Würde man das Containern legalisieren, dann könnte jeder in fremdes Eigentum eindringen und dort nach weggeworfenen Lebensmitteln suchen.

Ich befürchte an vielen Haustüren würde man Schilder finden wie: „Containern zwecklos. Wir essen alles auf.“

Andere Lösungswege

Man mag das Suchen in Containern als wenig appetitlich ansehen, aber müssen noch brauchbare Lebensmittel in Müllbehältern versenkt werden? Es gibt Alternativen, die auch inzwischen reichlich genutzt werden.

In Ländern wie Frankreich (seit 2016), Tschechien und Italien ist es Supermärkten verboten, Lebensmittel wegzuworfen. Sie müssen Tafeln und anderen gemeinnützigen Einrichtungen angeboten werden. Auch in Deutschland werden viele Tafeln und andere Organisationen mit Lebensmitteln bedacht, die aus dem regulären Verkauf genommen wurden.

Ein Bremer Supermarkt lässt Containern offiziell auf seinem Gelände zu. Es wird keine Anzeige erstattet. Um zu verhindern, dass Menschen verdorbene Produkte essen, stehen auf den Hinweisschildern Tipps wie „Fleisch und Fisch sind nicht mehr genießbar, wenn wir sie entsorgt haben.“ Es wird geplant in Zukunft Lebensmittel nicht in die Tonne zu werfen, sondern sie auf einem Rollwagen zum Mitnehmen bereitzustellen.

Fair-Teiler

Eine Idee findet immer mehr Anhänger. Warum nicht Nahrungsmittel teilen? - Ein Fair-Teiler ist ein Ort, zu dem alle Menschen Lebensmittel bringen und kostenlos von dort mitnehmen dürfen. Lebensmittelretter können getretete Lebensmittel, die noch zur Weitergabe geeignet sind, zu einem Fair-Teiler bringen. Auch alle anderen Personen können ebenfalls Lebensmittel dorthin bringen, die sie zum Beispiel zu Hause oder bei Veranstaltungen übrig haben und nicht verbrauchen wollen oder können. Herausnehmen dürfen das dort bereitgestellte Essen alle Menschen, ohne irgendwelche Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Sollte Sie die Idee des Essenteilens weiter interessieren, dann schauen Sie doch einmal nach bei: <https://foodsharing.de>

Karin Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Nehmt sie fest! Sperrt sie ein! - Ordnung muss sein!

SATIRE!

Widerborstigkeit schwappt durchs Land. Kleine und größere schulpflichtige Zivilisten zeigen zivilen Ungehorsam. Sie widersetzen sich frech Schulgesetzen. Sie behaupten, sich um ihre Zukunft zu sorgen. Verantwortunglos zeigen sie sich gegenüber dem Privileg etwas lernen zu dürfen. Sie geben vor hehre Ziele zu verfolgen: Kampf dem Klimawandel, Schutz der Bienchen und anderem Kleingetier und ähnliches Gedöns.

Vieles gerät aus den Fugen. Fixe Wegmarken verlieren ihre Gültigkeit. Früher läutet der Freitag leise das Wochenende ein - heute wird er der Zukunft geopfert. Um dem ganzen Treiben etwas Internationalität zu geben, heißt es nicht „Freitag für die Zukunft sondern vollmundig „Friday for future“.

Junge Leute wollen uns ein schlechtes Gewissen machen, indem sie fragen, ob wir denn nichts vom „Club of Rome“ wüssten, der schon 1972 die Grenzen des Wachstum beschwor. Sie sind wenig nachsichtig mit uns und vergessen, dass man in 45 Jahren schon so manches vergessen kann.

Der Staat ist aufgefordert, dem schändlichen Treiben ein Ende zu bereiten.

Schule schwänzen ist eine Ordnungswidrigkeit und Ordnung muss sein. Schuleschwänzen und Faulenzen macht dumm und verbessert nicht das Klima.

Euer Anliegen gehört in die Parlamente, in die Gremien und nicht auf die Straßen. Bedenkt, dass Gesetze der Sorgfalt und nicht der Schnelligkeit bedürfen. Die Temperatur steigt nur sehr langsam - wir haben Zeit, viel Zeit um kapitalverträgliche Gesetze zu machen.

Man muss die Schüler vor Allmachtsfantasien schützen. Wer einmal die Macht der Solidarität gespürt hat, die den ordnungsliebenden Schulleiter, der partout die Teilnahme an Demos für das Klima verhindern wollte, in die Knie gezwungen hat, hat eher den Mut für weiter gesteckte Ziele einzutreten. Was stand da auf einem Transparent bei einer Friday for future - Demo in Köln: „BURN CAPITALISM NOT COAL“. Ein friedlicher CO₂-Staat darf sich keine Gefährder heranziehen. Nehmt sie fest.

Das Strafrecht ist schnellstens zu aktualisieren. Aufzunehmen sind das Verbot des Besuchs von Fridays for future

- Demonstrationen und wesensgleiche Veranstaltungen wie „Ende Gelände“, das Verbrennungsverbot von CAPITALISM und es ist höchste Zeit die Strafmündigkeit auf den Beginn des Schulintritts zu senken.

Wurde früher unter Schülern ein Streich ausgeheckt, traf man sich in der hintersten Ecke des Schulhofes, ungesehen von der Pausenaufsicht. Heute hantieren die potenziellen Missetäter offen mit ihren Handys um den nächsten Flashmob oder die Freitagsdemonstration zu planen. Sperrt sie weg - die Handys. Alle klicken verantwortungslos ihre „likes“ ins Netze und suhlen sich behaglich in der Annahme, zu einer größeren weltverbessernden Gemeinschaft zu gehören.

Man muss den Jugendlichen einfach sagen, dass sie den Erwachsenen ein schlechtes Beispiel geben. Ihrer Anmaßung, Vorbild für ein klimaverträgliches Verhalten geben zu können, muss auf das Schärfste entgegengetreten werden.

Wir, die anderen, müssen sie vor ihrem Irrweg retten: „Klima gut, nicht alles gut.“

Norbert Kern, Wendelsheim



Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 27. Juli 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 31. Juli 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

- Sommerpause -

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 28. September 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 02. Oktober 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu linksjugend rottenburg:

facebook.com/solid-rottenburg-a.n.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe: Freitag, 19. Juli 2019

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49